

Bundesgesetzblatt ⁷⁵³

Teil II

Z 1998

1996

Ausgegeben zu Bonn am 8. Mai 1996

Nr. 21

Tag	Inhalt	Seite
2. 5. 96	Gesetz zu dem Beschluß des Obersten Rates des Europäischen Hochschulinstituts Nr. 8/93 vom 2. Dezember 1993 und zu dem Beschluß der Ständigen Kommission von Eurocontrol vom 28. Oktober 1994	754
	FNA: neu: 180-45 GESTA: XB004	
2. 5. 96	Gesetz zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über die Seeschifffahrt	758
	GESTA: XJ004	
12. 4. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechte des Kindes	765
12. 4. 96	Bekanntmachung über die Fortgeltung der deutsch-sowjetischen Verträge im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau	768

Gesetz
zu dem Beschluß des Obersten Rates
des Europäischen Hochschulinstituts
Nr. 8/93 vom 2. Dezember 1993
und zu dem Beschluß der Ständigen Kommission
von Eurocontrol vom 28. Oktober 1994

Vom 2. Mai 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Den folgenden Beschlüssen wird zugestimmt:

1. dem in Florenz am 2. Dezember 1993 durch den Obersten Rat des Europäischen Hochschulinstituts gefaßten Beschluß Nr. 8/93, mit dem Artikel 37 der Gemeinsamen Vorschriften für das Lehrpersonal und das Verwaltungspersonal ergänzt wird,
2. dem in Brüssel am 28. Oktober 1994 durch die Ständige Kommission von Eurocontrol gefaßten Beschluß, mit dem Artikel 11 und 12 Anhang IV des Verwaltungsstatuts des festangestellten Personals der Agentur Eurocontrol bzw. Artikel 11 und 12 Anhang IV der Allgemeinen Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten der Eurocontrolzentrale Maastricht ergänzt werden.

Die Bundesregierung wird ermächtigt, den beiden Organisationen die formelle Annahme der in den genannten Beschlüssen geregelten Verfahren mitzuteilen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschlüsse und Bestimmungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates entsprechende Bestimmungen oder Vereinbarungen über die Übertragung von Versorgungsanwartschaften überstaatlicher und zwischenstaatlicher Organisationen innerstaatlich in Kraft zu setzen. Die Regelungen gemäß Satz 1 müssen nach Zielsetzung und Inhalt dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Europäischen Gemeinschaften für die Durchführung des Artikels 11 des Anhangs VIII des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften (BGBl. 1994 II S. 622) entsprechen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen die in Artikel 1 genannten Beschlüsse für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 2. Mai 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Kanter

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Europäisches Hochschulinstitut
Beschluß Nr. 8/93
des Obersten Rates vom 2. Dezember 1993
zur Änderung des Artikels 37 der Gemeinsamen Vorschriften
für das Lehrpersonal und das Verwaltungspersonal
des Europäischen Hochschulinstituts

Der Oberste Rat –

gestützt auf das Übereinkommen über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts, insbesondere auf Artikel 6,

auf Vorschlag des Präsidenten des Instituts,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die zwischen den Mitgliedstaaten und den Europäischen Gemeinschaften geschlossenen Abkommen über die Übertragung von Ruhegehaltsansprüchen sollten dem Institut zugute kommen.

Es ist angebracht, die in den betreffenden Abkommen festgelegten Modalitäten und Verfahren entsprechend anzuwenden –

beschließt:

Artikel 1

Der Artikel 37 der Gemeinsamen Vorschriften für das Lehrpersonal und das Verwaltungspersonal des Europäischen Hochschulinstituts wird wie folgt geändert:

Es wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut angefügt:

„(4) Soweit keine Abkommen zwischen den Vertragsstaaten und dem Institut geschlossen sind, gelten die Durchführungsvorschriften entsprechend, die jeweils zwischen einem Mitgliedstaat und den Europäischen Gemeinschaften zur Durchführung von Artikel 11 des Anhangs VIII des Beamtenstatuts der Europäischen Gemeinschaften vereinbart wurden.“

Artikel 2

Dieser Beschluß tritt am Tag nach seiner Genehmigung durch den Obersten Rat in Kraft.

Geschehen zu Florenz am 2. Dezember 1993.

Im Namen des Obersten Rates
Der Vorsitzende
C. A. Clark

Artikel 37

(1) Scheidet ein Bediensteter aus dem Dienst aus, um

- in den Dienst einer Verwaltung oder einer innerstaatlichen oder internationalen Einrichtung zu treten, die mit dem Institut ein Abkommen hat,
- eine unselbständige oder selbständige Tätigkeit auszuüben, für die er Ruhegehaltsansprüche in einem System geltend machen kann, dessen Verwaltungsorgane ein Abkommen mit dem Institut getroffen haben,

so ist er berechtigt, den versicherungsmathematischen Gegenwert seines beim Institut erworbenen Ruhegehaltsanspruchs auf die Pensionskasse zu übertragen, bei der der Bedienstete aufgrund seiner unselbständigen oder selbständigen Tätigkeit Ruhegehaltsansprüche geltend machen kann.

(2) Ein Bediensteter, der

- nach Ausscheiden aus dem Dienst bei einer Verwaltung, einer einzelstaatlichen oder internationalen Einrichtung oder
- nach dem Ausüben einer unselbständigen oder selbständigen Tätigkeit

in den Institutsdienst tritt, kann bei seiner Ernennung zum Bediensteten auf Lebenszeit entweder den versicherungsmathematischen Gegenwert oder den pauschalen Rückkaufwert der Ruhegehaltsansprüche, die er aufgrund der genannten Tätigkeit erworben hat, an das Institut zahlen lassen.

(3) Absatz 3 gilt auch für den Bediensteten, der nach seiner Abordnung gemäß Artikel 33a Absatz 1 Buchstabe b zweiter Gedankenstrich des Statuts des Verwaltungspersonals wiederverwendet wird, sowie für den Bediensteten, der nach seinem Urlaub aus persönlichen Gründen gemäß Artikel 34 des Statuts des Verwaltungspersonals wiederverwendet wird.

(4) Soweit keine Abkommen zwischen den Vertragsstaaten und dem Institut geschlossen sind, gelten die Durchführungsvorschriften entsprechend, die jeweils zwischen einem Mitgliedstaat und den Europäischen Gemeinschaften zur Durchführung von Artikel 11 des Anhangs VIII des Beamtenstatuts der Europäischen Gemeinschaften vereinbart wurden.

Eurocontrol
General Directorate
Direction générale

Betr.: Übertragung von Versorgungsansprüchen, Änderung zu den Bestimmungen des Personalstatuts und der Allgemeinen Beschäftigungsbedingungen

Am 28. Oktober 1994 stimmte die Ständige Kommission auf dem Korrespondenzweg (Az. GS. 2/CE 94/77 vom 10. August 1994) der Aufnahme einer neuen Bestimmung in Form von Artikel 12(a) in Anhang IV zum Personalstatut bzw. zu den A.B.B. zu:

„Für die Anwendung der Artikel 11 und 12 und die entsprechenden Abkommen, die zwischen der Organisation und den der nationalen Gesetzgebung unterstehenden Versorgungssystemen der einzelnen Mitgliedstaaten abgeschlossen werden müssen, gelten ab ihrem Inkrafttreten sinngemäß die Bestimmungen der diesbezüglichen Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem jeweiligen Mitgliedstaat der Gemeinschaften, der auch Mitgliedstaat Eurocontrols ist, sobald der betreffende Staat Eurocontrol über die formelle Annahme dieses Verfahrens unterrichtet hat.“

Diese neue Bestimmung, die darauf abzielt, im Falle einiger Mitgliedstaaten die Verfahren zur Genehmigung solcher Übertragungen zu beschleunigen, trat am 1. September 1994 in Kraft.

E. Abel

Artikel 11

Scheidet ein Beamter aus dem Dienst aus, um in den Dienst einer Verwaltung oder einer innerstaatlichen oder internationalen Einrichtung zu treten, die mit der Agentur ein Abkommen getroffen hat, so ist er berechtigt, den versicherungsmathematischen Gegenwert seines bei der Agentur erworbenen Ruhegehaltsanspruchs auf die Pensionskasse dieser Verwaltung oder Einrichtung übertragen zu lassen.

Artikel 12

Ein Beamter, der nach Ausscheiden aus dem Dienst bei einer Verwaltung, einer innerstaatlichen oder internationalen Einrichtung oder einem Unternehmen in den Dienst der Agentur tritt, kann bei seiner Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit, sofern sein Statut oder sein vorheriger Vertrag es gestattet, folgende Beträge an die Agentur zahlen lassen:

- den versicherungsmathematischen Gegenwert seines bei seiner Verwaltung, seiner innerstaatlichen oder internationalen Einrichtung oder seinem Unternehmen erworbenen Ruhegehaltsanspruchs oder
- den pauschalen Rückkaufwert, den ihm die Pensionskasse dieser Verwaltung oder dieser Einrichtung oder dieses Unternehmens zum Zeitpunkt seines Ausscheidens schuldet.

In diesem Falle bestimmt die Agentur unter Berücksichtigung der Besoldungsgruppe, in der er als Beamter auf Lebenszeit ernannt worden ist, die Anzahl der ruhegehaltstfähigen Dienstjahre, die sie ihm nach ihrer eigenen Regelung für die frühere Dienstzeit unter Zugrundelegung des versicherungsmathematischen Gegenwerts oder des pauschalen Rückkaufwerts anrechnet.

Diese Bestimmungen gelten auch für Beamte, die nach ihrem Urlaub aus persönlichen Gründen gemäß Artikel 40 des Statuts wiederverwendet werden.

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1994
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Estland
über die Seeschifffahrt**

Vom 2. Mai 1996

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tallinn am 20. Dezember 1994 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 2. Mai 1996

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Estland
über die Seeschifffahrt**

**Saksamaa Liitvabariigi Valitsuse
ja Eesti Vabariigi Valitsuse vaheline
kaubandusliku meresõidu alane kokkulepe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Estland –

Saksamaa Liitvabariigi Valitsus
ja
Eesti Vabariigi Valitsus –

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiffahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Estland das Ministerium für Verkehr und Kommunikation und die ihm nachgeordneten Behörden;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischereifahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als „Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern. Sie werden sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteili-

gung der Seeschiffahrt in der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland zu schaden.

soovides kindlustada mõlemapoolsel huvitatusel ja väliskaubanduse vabadusel põhinevate kaubandusliku meresõidu alaste suhete harmoonilist arengut Saksamaa Liitvabariigi ja Eesti Vabariigi vahel ning maksimaalselt tugevdada rahvusvahelist koostööd sellel alal,

veendumuses, et kahepoolse kaubavahetusega peab kaasema tõhus teenuste vahetamine –

leppisid kokku alljärgnevas:

Artikel 1

Mõistete määratlemine

Käesolevas kokkuleppes tähistavad:

1. mõiste „kompetentne meretranspordiametkond“
 - a) Saksamaa Liitvabariigis Transpordiministeeriumi ning sellele alluvaid ametkondi,
 - b) Eesti Vabariigis Teede- ja Sideministeeriumi ning sellele alluvaid ametkondi;
2. mõiste „ühe lepingupoole laev“ iga laeva, mis vastavalt antud lepingupoole õiguslikele ettekirjutustele sõidab tema lipu all ja on tema seaduste kohaselt kantud laevaregistrisse. See mõiste ei hõlma sõjalaeva ja kalapüügi laevu. Silmas pidades artiklite 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 ja 15 rakendamist, kuulub mõiste „lepingupoole laev“ alla ka iga kolmanda riigi lipu all sõitev laev, mida kasutatakse ühe lepingupoole mõne mere-laevandusettevõtte poolt;
3. mõiste „ühe lepingupoole merelaevandusettevõtte“ merelaeva kasutavat laevandusettevõtet, mis asub selle lepingupoole territooriumil ning on vastavalt selle lepingupoole õiguslikele ettekirjutustele tunnustatud merelaevandusettevõtteks;
4. mõiste „laevapere liige“ kaptenit ja iga isikut, kes täidab reisi ajal laeva pardal reisiga seotud ülesandeid või ametikohustusi ning kelle nimi on sisse kantud laeva musterrolli.

Artikel 2

Meresõidu vabadus

(1) Lepingupoole lepivad kokku kahe riigi vahelise meresõidu edendamises. Nad hoiduvad igasugustest meetmetest, mis võiksid kahjustada takistamatut rahvusvahelist laevaliiklust ning lepingupoole merelaevandusettevõtete piiranguteta osalemist kahe-

gung der Seeschiffahrtsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnten.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Seeschiffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren beteiligen. Die von Seeschiffahrtsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben, vor allem aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen und im besonderen nicht die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Praktische Einzelheiten, die sich aus der Durchführung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben, sind durch die am bilateralen Verkehr beteiligten Seeschiffahrtsunternehmen, die der betreffenden Linienkonferenz angehören, zu regeln.

(3) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung des Seeschiffahrtsunternehmens

Beide Vertragsparteien unterlassen im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffahrtsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl der Seeschiffahrtsunternehmen entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffahrtsunternehmen beider Vertragsparteien auf Zugang zur Ausübung und Nutzung von Agenturleistungen entsprechend den Gesetzen, die auf seiten der jeweiligen Vertragspartei gelten.

Artikel 6

Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffahrtsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstlei-

poolsete väliskaubandussidemeente raames vahetatavate kaupade veos ning meresõitu kummagi riigi ja kolmandate riikide vahel.

(2) Lepingupoolte laevadel on õigus sõita lepingupoolte rahvusvaheliseks kaubanduslikuks meresõiduks avatud sadamate vahel ning vedada reisijaid ja kaupu nii lepingupoolte vahel kui ka lepingupoolte ja kolmandate riikide vahel.

(3) Kolmandate riikide merelaevandusettevõtted ning kolmanda riigi lipu all sõitvad laevad võivad piiranguteta osaleda lepingupoolte kahepoolse väliskaubanduse raames vahetatavate kaupade veos. Lepingupoolte merelaevandusettevõtete poolt prahtitud laevadele laienevad samad soodustused, mida omavad ühe lepingupoolte lipu all sõitvad laevad.

Artikkel 3

Rahvusvahelised kohustused

(1) Käesolev leping ei puuduta teistest, lepingupoolte poolt sõlmitud rahvusvahelistest kokkulepetest tulenevaid kohustusi, eelkõige 1974. a. 6. aprilli Liinikonverentside Käitumiskoodeksi Konventsioonist tulenevaid kohustusi ning eriti kohustusi, mis tulenevad Saksamaa Liitvabariigile tema liikmeksõlekust Euroopa ühendustes.

(2) Liinikonverentside Käitumiskoodeksi Konventsiooni elluviimisest tulenevad praktilised üksikasjad tuleb lahendada rahvusvahelises kahepoolses laevaliikluses osalevate ja vastavate konverentside liikmeks olevate merelaevandusettevõtete vahel.

(3) Lepingupooled taotleavad vastavate, meresõidu ohutust, meremeeste sotsiaalseid tingimusi, ohtlike ainete transporti ja merekeskkonna kaitset käsitlevate rahvusvaheliste konventsioonidega ühinemist.

Artikkel 4

Merelaevandusettevõtte mittediskrimineerimine

Lepingupooled loobuvad igat liiki diskrimineerivast tegevusest rahvusvahelises meresõidus, mis võiks kahjustada teise lepingupoolte kaubandusliku meresõidu alaseid huvisid või piirata vaba konkurentsi põhimõtete vastaselt merelaevandusettevõtete vaba valikut.

Artikkel 5

Eeskirjad sadamates ja territoriaalvetes

(1) Kumbki lepingupool tagab vastastikkuse põhimõttel oma sadamates, territoriaalvetes ja muudes tema võimupädevusse kuuluvates vetes teise lepingupoolte laevadele sama kohtlemise nagu oma rahvusvahelises liikluses osalevatele laevadele, eriti sisenemisel sadamatesse, sadamates viibimisel ja sadamatest lahkumisel, sadamaseadmete kasutamisel kauba- ja reisijateveol, samuti juurdepääsul kõigile sadamateenustele ja muudele olemasolevatele sadamastruktuuridele.

(2) Lõikes 1 nimetatud vastastikkuse põhimõtte laieneb ka mõlema lepingupoolte merelaevandusettevõtete õigusele teostada laevade agenteerimist ja kasutada laevaagentide teenuseid vastavalt antud lepingupoolte kehtivatele seadustele.

Artikkel 6

Maksete vaba ülekandmine

Kumbki lepingupool tagab teise lepingupoolte merelaevandusettevõtetele õiguse kasutada oma võimupiirkonnas teostatud kau-

stungen der Seeschifffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Frist vorgenommen werden.

Artikel 7

Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschifffahrts- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschießen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- Meeresforschungsaktivitäten;
- das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8

Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe der Seeschifffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9

Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10

Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen und sonstigen Schiffspapieren

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

bandusliku meresõidu teenustest saadud tulu kaubandusliku meresõiduga seoses olevateks makseteks või kanda see vabalt konverteeritavas vääringus üle välismaale. Ülekandmine peab toimuma ametliku vahetuskursi alusel ja tavapärase tähtaja jooksul.

Artikkel 7

Käesoleva kokkuleppe rakendusalaesse mittekuuluvad valdkonnad

Käesolev kokkulepe ei puuduta lepingupoolte kehtivaid õiguslike ettekirjutusi:

- oma lipu eesõiguse osas kabotaazhvedude, pääste-, pukseerimis-, lootsi- ja muu tegevuse suhtes, mis on reserveeritud oma merelaevandus- või muudele ettevõtetele või oma riigi kodanikele; see ei puuduta aga kabotaazhvedusid, kui ühe lepingupoolte laev sõidab teise lepingupoolte sadamate vahel, et lossida kolmandast riigist pärit kaupu või lasta maale sealt tulevaid reisijaid või võtta pardale kaupu või reisijaid nende veoks kolmandasse riiki;
- laevade kohustuse osas võtta peale lootsi,
- laevade osas, mis täidavad riiklike funktsioone,
- mereuringute alase tegevuse osas,
- eesõiguse osas teostada meremöödistamisi oma territoriaalvetes.

Artikkel 8

Teise lepingupoolte õiguslike ettekirjutuste järgimine tema võimupiirkonnas

(1) Lepingupoolte laevad ja laevapered, reisijad ja laadungid alluvad teise lepingupoolte võimupiirkonnas seal kehtivatele õiguslikele ettekirjutustele.

(2) Lepingupoolte merelaevandusettevõtete laevad alluvad seni, kuni na viibivad teise lepingupoolte võimupiirkonnas, tema seadustele ja muudele õiguslikele ettekirjutustele, mis käsitlevad rahvusvahelises meresõidus osalevate laevade sisenemist tema territoriaalvetesse ja sealt väljumist ning nende laevade ekspluaatierimist ja juhtimist.

(3) Reisijad, laevapere liikmed ning kauba saatjad peavad järgima lepingupoolte territooriumil kehtivaid seadusi ja muid õiguslike ettekirjutusi, mis käsitlevad reisijate ja laevapere liikmete sisseõitu, kohalviibimist ja väljasõitu ning kaupade sisse- ja väljaveidu ning ladustamist, eriti aga neid, mis käsitlevad maabumisformaalsusi, sisserännet, tolli, makse ja karantiini.

Artikkel 9

Meetmed meresõidu hõlbustamiseks

Lepingupooled rakendavad oma seaduste ja sadamakorralduse raames kõiki vajalikke meetmeid, et hõlbustada ja edendada meresõitu, vältida seisuaegade mittevajalikku pikenemist ning vastavalt võimalustele kiirendada ja lihtsustada sadamates vajalike tolli- ja muude formaalsuste teostamist ning hõlbustada olemasolevate prügi ja jäätmete eemaldamiseks mõeldud seadmete kasutamist.

Artikkel 10

Mõõdukirjade ja muude laevadokumentide vastastikune tunnustamine

(1) Ühe lepingupoolte poolt vastavate rahvusvaheliste kokkulepete kohaselt väljaantud üldtunnustatud ning selle lepingupoolte laeva pardal asuvaid laevadokumente tunnustatakse ka teise lepingupoolte poolt.

(2) Schiffe, die einen amtlich ausgestellten Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafengebühr werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11

Reisedokumente für Besatzungsmitglieder

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Republik Estland das Seefahrtbuch oder der Seedienstausweis in Verbindung mit einem gültigen Paß.

Artikel 12

Einreise, Durchreise und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafens aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Estland die in Artikel 11 Absatz 2 genannten Reisedokumente.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung,
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund.

(3) Die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(5) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(6) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(7) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffsbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in

(2) Laevad, millel on ühe lepingupoole poolt ametlikult väljaantud mõõdukiri, on vabastatud uuest mõõdistamisest teise lepingupoole sadamates. Need dokumendid võetakse aluseks sadamamaksu arvestamisel.

Artikkel 11

Laevapere liikmete reisidokumendid

(1) Kumbki lepingupool tunnustab teise lepingupoole kompetentsete ametkondade poolt väljaantud reisidokumente ning tagab nende omanikele artiklis 12 nimetatud õigused.

(2) Saksamaa Liitvabariigi puhul on reisidokumentideks reisi-pass või meremehe teenistusraamat ning Eesti Vabariigi puhul meremehe teenistusraamat või meresõidutunnistus koos kehtiva passiga.

Artikkel 12

Laevapere liikmete sissesõit, läbisõit ja maalviibimine

(1) Kumbki lepingupool lubab teise lepingupoole laeva laevapere liikmetel, kes omavad ühte artiklis 11 nimetatud reisidokumentidest, laeva viibimise ajal oma sadamates maale minna ning viibida sadama asukoha piirkonnas ilma sissesõidu eel antava ajutise elamisloata (viisata) ning kooskõlas asukohariigis kehtivate vastavate seadustega ja muude ettekirjutustega. Sellistel puhudel on vajalik

- Saksamaa Liitvabariigis maaleminekuluba
- Eesti Vabariigis artiklis 11 lõikes 2 nimetatud reisidokumendid.

(2) Iga laevapere liige, kes omab ühte artiklis 11 nimetatud reisidokumentidest, võib pärast sissesõidu eel antava ajutise elamisloa (viisa) väljaandmist reisisõitu läbi teise lepingupoole territooriumi järgmistel juhtudel:

- kojutoimetamise eesmärgil,
- asumaks oma- või mõnele teisele laevale või
- muul, teise lepingupoole vastavate ametkondade poolt mõjuvaks tunnustatud põhjusel.

(3) Vastav ajutine elamisloa (viisa) tuleb välja anda võimalikult lühikese ajaga.

(4) Lepingupoole kompetentsed ametkonnad võimaldavad lepingupoole territooriumil haiglasse sattunud laevapere liikmel viibida maal statsionaarseks raviks vajaliku aja vältel.

(5) Lepingupoolel jätavad enesele õiguse keelduda oma territooriumile sissesõiduloa andmisest ebasoovitavatele isikutele ka siis, kui need isikud omavad ühte artiklis 11 nimetatud reisidokumentidest.

(6) Lepingupoole diplomaatiliste missioonide ja konsulaaresinduste teenistujatel ning selle lepingupoole laevade kaptenitel ja laevapere liikmetel on õigus, järgides asukohariigis kehtivaid seadusi ja muid ettekirjutusi, üksteisega ühendusse astuda ning kohutada.

(7) Välja arvatud ülalnimetatud sätted, jäävad lepingupoole poolt fikseeritud välismaalaste sissesõitu, maalviibimist ja väljasõitu käsitlevad sätted muutumatuks.

Artikkel 13

Õnnetusjuhtumid merel

(1) Kui ühe lepingupoole laev teeb teise lepingupoole territooriumil läbi laevahuku või avarii, jookseb karile või satub mingil muul viisil merehätta, tagavad teise lepingupoole ametkonnad

Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen, Steuern und jeglichen anderen Abgaben, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischter Seeschiffahrtsausschuß und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß gebildet, der aus den zuständigen Seeschiffahrtsbehörden und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind, und insbesondere im Zusammenhang mit den Tätigkeiten, die sich aus der Anwendung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Der Gemischte Seeschiffahrtsausschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reederei und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in technischen Fragen und in der Ausbildung von Fachleuten zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

kaptenile, laevapere liikmetele, reisijatele ja laevale ning tema lastile samasuguse kaitse ja abi kui oma lipu all sõitvatele laevadele. Lauses 1 nimetatud õnnetusjuhtumeid uurivad kummagi lepingupoole poolt teisele lepingupoolele teatavaks tehtud ametkonnad juhul, kui selleks on olemas riiklik huvitatus, igal juhul aga siis, kui sellise õnnetusjuhtumi ajal on laev uppunud, maha jäetud või kui keegi on surma saanud. Ülalnimetatud ametkonnad esitavad uurimistulemused võimalikult kiiresti teise lepingupoole ametkondadele.

(2) Juhul, kui laevaga on toimunud õnnetus või avari, loobuvad lepingupoolel sissesõidutolli, maksude ja igasuguste muude maksete, mille alla kuuluvad last, varustus, materjalid, tagavarad ja muu laeva juurde kuuluv, sissenõudmisest, kuivõrd neid esemeid ei kasutata ega tarbita ära teise lepingupoole võimupiirkonnas.

(3) Lõige 2 ei välista lepingupoole seaduste ja muude õiguslike eetikirjutuste rakendamist kaupade ajutise ladustamise suhtes.

Artikel 14

Meresõidu segakomisjon ja konsultatsioonid

(1) Tagamaks käesoleva lepingu mõjusat rakendamist, luuakse meresõidu segakomisjon, mis koosneb kompetentsetest mere- ja transpordiametkondadest ning lepingupoole poolt nimetatud spetsialistidest.

(2) Komisjon tegeleb ühist huvi pakkuvate küsimustega, eriti küsimustega, mis on seotud

- lepingupoole merelaevandusettevõtete ja laevade, mis tegelevad meresõiduga lepingupoole vahel, tegevusega ning eriti Liinikonverentside Käitumiskoodeksi alase Konventsiooni rakendamisest tuleneva tegevusega;
- meresõidu korrapäraseks kulgemiseks vajalike tingimuste järgimisega lepingupoole merelaevandusettevõtete poolt;
- lepingupoole merelaevandusettevõtete ja meretranspordiametkondade kahepoolsete konsultatsioonidega;
- vaidluste, sealhulgas käesoleva lepingu tõlgendamise tulenevate arusaamatuste sõbraliku lahendamiseks.

(3) Meresõidu segakomisjon tuleb ühe lepingupoole taotlusel kokku hiljemalt kolme kuu jooksul pärast vastava taotluse esitamist.

(4) Lepingupoole kohustuvad järgima vastastikuse kasu ning mõlema lepingupoole merelaevandusettevõtete ja laevade mitte-diskrimineerimise põhimõtteid.

Artikel 15

Tehniline koostöö

Lepingupoolel julgustavad mõlema riigi reedereid ning kaubandusliku meresõiduga tegelevaid institutsioone otsima ja arendama kõikvõimalikke koostöövorme, eriti tehniliste küsimuste ja spetsialistide väljaõppe alal.

Artikel 16

Jõustumine

Käesolev kokkulepe jõustub alates päevast, mil lepingupoolel on teineteisele teatanud, et lepingu jõustumiseks vajalikud siseriiklikud tingimused on täidetud. Jõustumise päevaks loetakse neist teadetest viimase laekumise päev.

Artikel 17**Geltungsdauer, Kündigung**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Geschehen zu Tallinn am 20. Dezember 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikkel 17**Kehtivusaeg ja tühistamine**

(1) Käesolev kokkulepe sõlmitakse määramata tähtajaks.

(2) Kumbki lepingupool võib tühistada käesoleva kokkuleppe sellest teisele lepingupoolele teatamise teel, pidades kinni kuuekuulisest etteteatamistähtajast.

Leping on sõlmitud Tallinnas 20. detsembril 1994 a. kahes eksemplaris, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdselt siduvad.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Saksamaa Liitvabariigi Valitsuse nimel
Henning von Wistinghausen

Für die Regierung der Republik Estland
Eesti Vabariigi Valitsuse nimel
Andi Meister

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Rechte des Kindes**

Vom 12. April 1996

I.

Das Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (BGBl. 1992 II S. 121) ist nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Niederlande ^{1) 2)}	am	8. März 1995
Samoa ¹⁾	am	29. Dezember 1994
Türkei ¹⁾	am	4. Mai 1995

¹⁾ Vgl. Abschnitt II.

²⁾ Vgl. Abschnitt III.

II.

Die Niederlande haben bei Hinterlegung der Annahmearkunde am 6. Februar 1995 die folgenden Vorbehalte angebracht:

(Übersetzung)

„Article 26

The Kingdom of the Netherlands accepts the provisions of article 26 of the Convention with the reservation that these provisions shall not imply an independent entitlement of children to social security, including social insurance.

„Artikel 26

Das Königreich der Niederlande nimmt Artikel 26 des Übereinkommens unter dem Vorbehalt an, daß dieser Artikel nicht bedeutet, daß Kinder einen selbständigen Anspruch auf Leistungen der sozialen Sicherheit einschließlich der Sozialversicherung haben.

Article 37

The Kingdom of the Netherlands accepts the provisions of article 37 (c) of the Convention with the reservation that these provisions shall not prevent the application of adult penal law to children of sixteen years and older, provided that certain criteria laid down by law have been met.

Artikel 37

Das Königreich der Niederlande nimmt Artikel 37 Buchstabe c des Übereinkommens unter dem Vorbehalt an, daß dieser Artikel nicht verhindert, daß das Erwachsenenstrafrecht auf Kinder angewendet wird, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, sofern bestimmte gesetzlich festgelegte Voraussetzungen erfüllt sind.

Article 40

The Kingdom of the Netherlands accepts the provisions of article 40 of the Convention with the reservation that cases involving minor offences may be tried without the presence of legal assistance and that with respect to such offences the position remains that no provision is made in all cases for a review of the facts or of any measures imposed as a consequence.”

Artikel 40

Das Königreich der Niederlande nimmt Artikel 40 des Übereinkommens unter dem Vorbehalt an, daß Fälle von geringfügigen Vergehen ohne die Anwesenheit eines rechtskundigen Beistands verhandelt werden dürfen und daß in bezug auf diese Vergehen daran festgehalten wird, daß nicht in allen Fällen eine Nachprüfung der Tatsachen oder der als Folge davonhängenden Maßnahmen vorgesehen ist.”

Die Niederlande haben bei Hinterlegung der Annahmearkunden ferner die folgenden Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

„Article 14

It is the understanding of the Government of the Kingdom of the Netherlands that article 14 of the Convention is in accordance with the provisions of article 18 of the International Covenant on Civil and Political Rights of 19 December 1966 and that this

„Artikel 14

Die Regierung des Königreichs der Niederlande vertritt die Auffassung, daß Artikel 14 des Übereinkommens mit Artikel 18 des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte im Einklang steht und daß dieser Artikel

article shall include the freedom of a child to have or adopt a religion or belief of his or her choice as soon as the child is capable of making such choice in view of his or her age or maturity.

Article 22

With regard to article 22 of the Convention, the Government of the Kingdom of the Netherlands declares:

- a) that it understands the term 'refugee' in paragraph 1 of this article as having the same meaning as in article 1 of the Convention relating to the Status of Refugees of 28 July 1951; and
- b) that it is of the opinion that the obligation imposed under the terms of this article does not prevent
 - the submission of a request for admission from being made subject to certain conditions, failure to meet such conditions resulting in inadmissibility;
 - the referral of a request for admission to a third State, in the event that such a State is considered to be primarily responsible for dealing with the request for asylum.

Article 38

With regard to article 38 of the Convention, the Government of the Kingdom of the Netherlands declares that it is of the opinion that States should not be allowed to involve children directly or indirectly in hostilities and that the minimum age for the recruitment or incorporation of children in the armed forces should be above fifteen years.

In times of armed conflict, provisions shall prevail that are most conducive to guaranteeing the protection of children under international law, as referred to in article 41 of the Convention."

Samoa hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 29. November 1994 den folgenden Vorbehalt angebracht:

"The Government of Western Samoa

whilst recognising the importance of providing free primary education as specified under Article 28 (1) (a) of the Convention on the Rights of child

and being mindful of the fact that the greater portion of schools within Western Samoa that provide primary education are controlled by bodies outside the control of the Government

pursuant then to Article 51

the Government of Western Samoa thus reserves the right to allocate resources to

die Freiheit des Kindes umfaßt, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, sobald das Kind in Anbetracht seines Alters oder seiner Reife in der Lage ist, eine solche Wahl zu treffen.

Artikel 22

Zu Artikel 22 des Übereinkommens erklärt die Regierung des Königreichs der Niederlande folgendes:

- a) Nach ihrer Auffassung hat der Begriff „Flüchtling“ in Absatz 1 dieses Artikels dieselbe Bedeutung wie in Artikel 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge;
- b) sie ist der Meinung, daß die nach diesem Artikel auferlegte Verpflichtung nicht verhindert,
 - daß die Unterbreitung eines Aufnahmeantrags von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht wird, wobei die Nichterfüllung dieser Bedingungen zur Unzulässigkeit führt,
 - daß ein Aufnahmeantrag an einen Drittstaat verwiesen wird, falls dieser Staat als in erster Linie für die Behandlung des Asylantrags zuständig angesehen wird.

Artikel 38

Zu Artikel 38 des Übereinkommens erklärt die Regierung des Königreichs der Niederlande, daß sie die Meinung vertritt, daß es den Staaten nicht erlaubt sein soll, Kinder unmittelbar oder mittelbar an Feindseligkeiten zu beteiligen, und daß das Mindestalter der Kinder, die zu den Streitkräften eingezogen oder in sie eingegliedert werden, über fünfzehn Jahren liegen soll.

In Zeiten eines bewaffneten Konflikts haben solche Bestimmungen zu gelten, die am besten geeignet sind, den Schutz der Kinder nach dem Völkerrecht zu gewährleisten, wie in Artikel 41 des Übereinkommens vorgesehen."

(Übersetzung)

„Die Regierung von Samoa –

in Würdigung der Bedeutung, die der Ermöglichung des unentgeltlichen Grundschulbesuchs zukommt, wie in Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens über die Rechte des Kindes dargelegt,

jedoch eingedenk der Tatsache, daß der Großteil der Schulen in Samoa, die Grundschulbildung vermitteln, unter der Leitung von Trägern stehen, die nicht der Aufsicht der Regierung unterliegen,

sowie in Anwendung des Artikels 51 –

behält sich das Recht vor, im Gegensatz zu dem Erfordernis, unentgeltlichen Grund-

the primary level sector of education in Western Samoa in contrast to the requirement of Article 28 (1) (a) to provide free primary education."

schulbesuch nach Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe a zu ermöglichen, dem Bildungssektor auf der Ebene der Grundschulen in Samoa Mittel zuzuweisen."

Die Türkei hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. April 1995 den folgenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: Turc)

«La République de Turquie réserve le droit d'interpréter et d'appliquer les dispositions des articles 17, 29 et 30 de la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant conformément aux termes et à l'esprit de la Constitution de la République de Turquie et à ceux du Traité de Lausanne du 24 juillet 1923.»

(Übersetzung) (Original: Türkisch)

„Die Republik Türkei behält sich das Recht vor, die Artikel 17, 29 und 30 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung der Republik Türkei und des Vertrags von Lausanne vom 24. Juli 1923 auszulegen und anzuwenden.“

III.

Die Niederlande haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 6. Februar 1995 folgenden Einspruch zu den von Dschibuti, Indonesien, Pakistan, der Arabischen Republik Syrien und Iran bei der Ratifikation angebrachten Vorbehalten (vgl. die Bekanntmachungen vom 10. Juli 1992 – BGBl. II S. 990, vom 8. Juni 1995 – BGBl. II S. 560 – und vom 22. Dezember 1995 – BGBl. 1996 II S. 231) notifiziert:

(Übersetzung)

"With regard to the reservations made by Djibouti, Indonesia, Pakistan, the Syrian Arab Republic and Iran upon ratification:

The Government of the Kingdom of the Netherlands considers that such reservations, which seek to limit the responsibilities of the reserving State under the Convention by invoking general principles of national law, may raise doubts as to the commitment of these States to the object and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international treaty law. It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties should be respected, as to object and purpose, by all parties. The Government of the Kingdom of the Netherlands therefore objects to these reservations.

This objection does not constitute an obstacle to the entry into force of the Convention between the Kingdom of the Netherlands and the aforementioned States."

„Bezüglich der von Dschibuti, Indonesien, Pakistan, der Arabischen Republik Syrien und Iran bei der Ratifikation angebrachten Vorbehalte:

Die Regierung des Königreichs der Niederlande vertritt die Auffassung, daß diese Vorbehalte, die darauf abzielen, die Verantwortlichkeiten des den Vorbehalt anbringenden Staates aufgrund des Übereinkommens zu beschränken, indem er sich auf allgemeine Grundsätze des innerstaatlichen Rechts beruft, Zweifel an der Verpflichtung dieser Staaten in bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken und überdies dazu beitragen können, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, daß Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden. Die Regierung des Königreichs der Niederlande erhebt daher Einspruch gegen diese Vorbehalte.

Dieser Einspruch stellt kein Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich der Niederlande und den obengenannten Staaten dar.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. März 1996 (BGBl. II S. 379).

Bonn, den 12. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,05 DM (3,10 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,05 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über die Fortgeltung der deutsch-sowjetischen Verträge
im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau**

Vom 12. April 1996

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Dr. Helmut Kohl und der Präsident der Republik Moldau Mircea Ion Snegur haben am 11. Oktober 1995 in Bonn eine Gemeinsame Erklärung über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau unterzeichnet. Nummer 15 dieser Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Ausgehend davon, daß die Republik Moldau ein Nachfolgestaat der früheren Sowjetunion ist, stimmen beide Seiten darin überein, die völkerrechtlichen Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau solange anzuwenden, bis beide Seiten im Einklang mit ihrer Gesetzgebung etwas Abweichendes vereinbaren.“

Beide Seiten verpflichten sich, die Rechtsgrundlage der bilateralen Beziehungen im Hinblick auf deren Entwicklung und Ausweitung zu überprüfen.“

Bonn, den 12. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann